



Übergabe der Ratspräsidentschaft

Anlässlich der Übernahme der Ratspräsidentschaft Polens von Ungarn zum 1. Juli wurde diese Woche im Plenum ein Fazit der ungarischen Präsidentschaft gezogen und der Aktionsplan der polnischen Ratspräsidentschaft vorgestellt. Polen hat sich ehrgeizige Ziele für die kommenden sechs Monate gesetzt: Schwerpunkte der polnischen Arbeit werden die östliche Partnerschaft, die Stärkung des Wirtschaftswachstums in der EU und der politischen Kraft der Gemeinschaft sein. Zudem hat Polen im zweiten Halbjahr dieses Jahres schwere Themen, wie die Griechenland-Rettung und die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen zu bewältigen.

Gentechnik

Das EU-Parlament hat eine neue Grundlage für Verbote von Genmais und Genkartoffeln in den Mitgliedsstaaten verabschiedet. Nach dem Willen des Europäischen Parlaments, sollen die EU-Mitgliedsstaaten das Recht haben, den Anbau genetisch veränderter Organismen (GVO) einzuschränken oder zu untersagen. Die allgemeine Zulassung der Gentechnikpflanzen soll weiterhin auf europäischer Ebene nach einem strengen Zulassungsverfahren geregelt werden. "Der Kommissionsvorschlag ging uns als Parlament nicht weit genug", erklärte Ferber.

Das Parlament hat die möglichen Gründe für die Mitgliedstaaten, weshalb sie den Anbau von GVO untersagen können, mit seinem Votum noch um Gesundheits- und Umweltgründen erweitert.

Grenzüberschreitende Verkehrsvorschriften

Wer schwere Regelverstöße wie Geschwindigkeitsübertretung, Alkohol am Steuer oder Überfahren einer roten Ampel in einem anderen EU-Mitgliedsstaat begeht, wird künftig EU-weit verfolgt werden können. Das Parlament verabschiedete ein neues Gesetz zur verstärkten Zusammenarbeit der nationalen Straßenaufsichtsbehörden, mit dem Polizisten Verkehrssünder aus anderen EU-Ländern leichter ausfindig machen und zur Kasse bitten können. Ferber betonte, dass ein hohes Sicherheitsniveau für die ganze EU nur dann gewährleistet werden könne, wenn Verkehrsdelikte in allen Mitgliedstaaten geahndet werden.

Neue Regeln bei Lebensmittelkennzeichnung

Nach langem Ringen haben sich EU-Parlament, Rat und Kommission beim Thema Lebensmittelkennzeichnung auf einen verbraucherfreundlichen Kompromiss geeinigt. Das Europäische Parlament stimmte diese Woche dem Kompromissvorschlag zu. Damit müssen künftig

Käseimitate, Klebefleisch oder Formfisch mit einem Hinweis in 75 % der Schriftgröße des Markennamens gekennzeichnet werden. "Damit soll der Verbraucher davor bewahrt werden Mougelpackungen zu kaufen", so Ferber. Verbraucher werden, künftig gut sichtbar darauf aufmerksam gemacht, wenn z.B. der Käse "aus Pflanzenfett hergestellt" wurde und nicht aus Milch. "Klebefleisch" muss künftig mit dem Hinweis "aus Fleischstücken zusammengefügt" kenntlich gemacht werden.

Bodyscanner

Das Europäische Parlament sprach sich diese Woche für den Einsatz von neuen Sicherheitsscannern an Flughäfen aus. Die Mitgliedsstaaten können jedoch selbst entscheiden, ob sie die Ganzkörperscanner einsetzen, eine Verpflichtung dazu besteht nicht. Ferber betonte, dass der Einsatz von Ganzkörperscannern die Privatsphäre der Passagiere verletzt, ohne einen sichtbaren Nutzen zur Bekämpfung der Terrorgefahr zu erzielen. Darüber hinaus werden über einen ungewissen Zeitraum die Körperabbildungen der Passagiere gespeichert und damit massiv in die Privatsphäre eingegriffen. „Flüge können nie 100% sicher sein. Deshalb darf Sicherheit auch nicht erst im Flughafen beginnen, sondern muss im Vorfeld verstärkt werden: durch eine bessere Vernetzung von Polizei- und Justizbehörden in der EU“, so Ferber.